

---

# 1 Einleitung

---

*«Wie zur Strafe für die Unterlassungssünden der Vorväter, die es versäumt hatten, den Gegenstand der Marxschen Kritik abzuschaffen und sie damit gegenstandslos zu machen, muss man noch heute, mehr als 100 Jahre nach ihrem Erscheinen, sich beim Studium der blauen Bände die Augen verderben, nur damit man halbwegs begreift, was man treibt, ohne dass man es deshalb schon im geringsten ändern könnte, was ein unbeschwertes Lesevergnügen umso weniger ist, als kein Ende absehbar erscheint. [...] Und dies, nämlich der Zwang, sich unter dem Kapital mit den blauen Bänden abzuquälen zu müssen, wäre kein schlechtes Motiv, das Kapital abzuschaffen und Verhältnisse herbeiführen zu wollen, unter denen man die blauen Bände ungelesen ablegen kann.»<sup>1</sup>*

**K**arl Marx (1818–1883) hatte vor, im Rahmen seiner Kritik der politischen Ökonomie auch ein Buch zum Staat zu schreiben, konnte dies zu Lebzeiten aber nicht mehr realisieren. Marx' Hoffnung, mit seinen kritischen Analysen der herrschenden Verhältnisse zu deren emanzipatorischer Überwindung beizutragen, hat sich bislang nicht erfüllt. Bis heute haben die vom Marx'schen Werke inspirierten Bewegungen es nicht vermocht, die befreite Gesellschaft zu verwirklichen. So wie seine drei Bände des *Kapital* seit ihrem Erscheinen vielen Generationen der Linken eine profunde Analyse zum besseren Verständnis der kapitalistischen Ökonomie boten, so sehr vermissten diese eine entsprechende Kritik des Staates und der Politik. Daher wurden die wenigen fragmentarischen Überlegungen zum Staat bei Marx von vielen marxistischen Intellektuellen als willkommener Zitatenschatz verwendet, auf dessen Basis sie unterschiedlichste Interpretationen zum Charakter staatlicher Herrschaft in kapitalistischen Verhältnissen entwickelten. Nun verdankt die Menschheit nach Wolfgang Pohrt «dem Marxismus

---

1 Pohrt 2010, S. 138 f.

ganze Bibliotheken, die man weder durchlesen kann noch mag». <sup>2</sup> Deren Regalreihen biegen sich unter der Last der insgesamt 43 blauen Bände der Marx-Engels-Werke (MEW) und der inzwischen noch umfangreicheren Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) sowie der voluminösen Sekundärliteratur. Zu all dem ist die Linke nach Johannes Agnoli (1925–2003), einem der brilliantesten marxistischen Staatskritiker, mit einer weiteren Hinterlassenschaft von Marx konfrontiert, die er die «Negation des Staates» nennt. <sup>3</sup> Marx wollte eine Kritik der politischen Ökonomie in ihrem «idealen Durchschnitt» <sup>4</sup> formulieren, also die zentralen Kategorien und Dynamiken der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeiten und weniger eine Analyse spezieller Regionen wie Großbritannien oder einzelner Epochen wie des 19. Jahrhunderts verfassen. Dementsprechend wäre die Kritik des Staates im «idealen Durchschnitt» die zentrale Aufgabe einer materialistischen Staatskritik. Die Marx'sche *Kritik der politischen Ökonomie* möchte weniger eine Alternative zu bürgerlichen Analysen ökonomischer Verhältnisse sein, als vielmehr eine Kritik dieser Verhältnisse. Und genau so will materialistische Staatskritik nicht lediglich eine Alternative zu konservativen und liberalen politischen Theorien sein. Vielmehr soll die kritische Analyse der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zugleich deren emanzipatorischer Überwindung dienen und Verhältnisse jenseits von Staat und Kapital denkbar und wünschbar machen.

Die zentralen Elemente einer an der Marx'schen Gesellschaftstheorie orientierten Staatstheorie sind also: Analyse, Kritik und Subversion. Als kritische Analyse von Herrschaftsstrukturen beschäftigt sie sich mit der Frage, wie die Gesellschaft beschaffen ist, in der wir leben. Im Kontrast zu liberalen und konservativen, aber auch faschistischen Theorien untersucht sie den historischen Charakter von Herrschaftsverhältnissen, weil sie nicht an deren Legitimation sondern an Emanzipation interessiert ist. Wenn die gesellschaftliche Ordnung nicht als eine natürliche, sondern als historische verstanden wird, kann sie auch verändert und durch eine neue Ordnung ersetzt werden, die nicht auf Zwang und der Herrschaft von Menschen über Menschen basiert. Theorie ist somit Voraussetzung für

---

2 Pohrt 2010, S. 140.

3 Agnoli 1998a, S. 220.

4 MEW 25, S. 839.

eine kollektive Praxis gesellschaftlicher Veränderung, aber keine simple Handlungsanleitung. Die Aufgabe emanzipatorischer Bewegungen ist Agnoli zufolge nicht die konstruktive Kritik des Bestehenden und die Korrektur von Missständen durch Reformen, sondern die Negation von Zwangsverhältnissen, worunter Agnoli auch den Staat fasste.<sup>5</sup> Ein Beispiel staatlichen Zwangs gegenüber den auf seinem Territorium und unter seiner Herrschaft lebenden Staatsbürgerinnen und -bürgern ist die Kontrolle über Leben (Geburtenkontrolle, Abtreibungsrecht oder -verbot, Bevölkerungspolitik) und Sterben (Unterwerfung unter ein staatliches Gewaltmonopol, Militärdienst, in manchen Ländern die Todesstrafe auf bestimmte Straftaten). Der Staat reglementiert aber auch Bildung, Mobilität (staatlich ausgestellte Pässe erlauben legale Reisen in andere Länder, fehlende Visa verhindern sie) und viele andere Aspekte des alltäglichen Lebens und schränkt dadurch individuelle Freiheiten ein. Staatliche Einschränkungen individuellen Handelns bieten jedoch auch Schutz vor Gewalt und Willkür. Das in Gesetzen und Verfassungen festgeschriebene und für alle geltende Recht, das durch das staatliche Gewaltmonopol garantiert und durchgesetzt wird, schützt die Staatsbürger\_innen vor Bedrohung und Diskriminierung. Solange keine gesellschaftlichen Bewegungen in Sicht seien, die eine Emanzipation von Staat und Kapital realisieren könnten, so Agnoli, sei es die Aufgabe kritischer Individuen und Initiativen, mit «Geduld und Ironie» subversive Theorie zu betreiben: «Sinn der subversiven Theorie liegt: im Nachdenken über schlechte Zustände und in der Einsicht in die Notwendigkeit der Umwälzung, im Entwurf des Neuen. Denn nur so verstanden, konjugiert sich Subversion auf Emanzipation.»<sup>6</sup>

Staatstheorie als subversive Theorie versteht sich auch als Revolutionstheorie, als Plädoyer für andere, poststaatliche Verhältnisse. Die Linke hat dafür diverse Begriffe geprägt: befreite Gesellschaft, Verein freier Menschen, gesellschaftliche Emanzipation, Kommunismus.<sup>7</sup> Neben dieser revolutionären Tendenz gibt es auch eine reformistische Position: Fundamental andere Verhältnisse seien – grundsätzlich oder momentan aufgrund der Marginalität von Staatskritik – nicht möglich, weshalb die erkämpften Rechte gegen deren Demontage verteidigt und die

5 Vgl. Agnoli 2002, S. 11 f.

6 Agnoli 1999, S. 14.

7 Einen guten Überblick über Emanzipationstheorien gibt Hoff 2016.

bestehende politische Ordnung emanzipatorisch mitgestaltet werden müsse.

Subversive Theorie hat nichts an Notwendigkeit verloren. Weder sind die von Agnoli und anderen linken Intellektuellen kritisierten Zwangsverhältnisse verschwunden, noch existieren soziale Bewegungen von Bedeutung, die sich deren emanzipatorischer Überwindung verschrieben haben. Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 markierte nicht nur das Ende des real existierenden Sozialismus, sondern stürzte ebenso die Linke in all ihren Varianten in eine Krise – auch diejenigen Strömungen, die sich in kritischer Distanz zur Sowjetunion und dem Marxismus-Leninismus als ihrer Staatsdoktrin befanden. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher schien mit ihrem Slogan «There is no alternative» Recht behalten zu haben. Die Idee einer nichtkapitalistischen Gesellschaft war als historisches Experiment gescheitert und erneute Versuche einer gesellschaftlichen Emanzipation von Staat und Kapital erschienen utopischer als je zuvor. Der Kapitalismus schien tatsächlich alternativlos geworden zu sein. Ende der 1990er-Jahre begann jedoch mit den globalisierungskritischen Protesten gegen den Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle ein neuer Bewegungs- und Protestzyklus gegen die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse. Anfangs wurde vor allem in kleinen linken Zeitschriften und Zirkeln wieder vermehrt die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie diskutiert. Die globale Krise seit 2007 bescherte marxistischen Analysen für kurze Zeit auch die Aufmerksamkeit der Feuilletons renommierter Zeitungen und Marx erfuhr die zweifelhafte Ehre, zu einem der prominentesten Deutschen der Geschichte gewählt zu werden. Die Krise der kapitalistischen Ökonomie hat also der Marx'schen Ökonomiekritik zu einer bescheidenen Renaissance verholfen. Eine ähnliche Renaissance der marxistischen Kritik von Politik und Staat steht dagegen weiter aus.

Linke Praxis befindet sich stets in Auseinandersetzung mit dem Staat. Reformistische Parteien wollen die gesellschaftlichen Verhältnisse mit Hilfe des Staates verändern. Sozialdemokratische Parteien beteiligten sich seit dem 19. Jahrhundert an Wahlen und hofften durch Wahlerfolge Regierungsverantwortung übernehmen zu können und dann eine friedliche Transformation in Richtung Sozialismus vorantreiben zu können. Revolutionäre Parteien in der ersten Hälfte des 20.